Nummer 247 — Halle, Sonnabend, 19. August 1922 — 57. Jahrgang

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint wochentäglich am Nachmittag, am Sonntag als Frühblatt. Die Bezugs-Gebühr beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 30.00, in den Ausgabestellen abgeholt M. 22.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr M. 3.00, im auswärtigen Verkehr M. 6.00. Reklamen die Millimeter-Zeile M. 15.00 im Ortsverkehr und M. 20.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 1140 und 1142. Staats-Geschäftsstelle: Markt 24. Draht-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig 22215. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsbestellungen sind nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

120 Milliarden für Teuerungszulagen.

38prozentige Gehaltserhöhung der Beamten / Die Reptodelegierten kommen Sonntag nach Berlin / Beschleunigte Besprechungen.

Einigung mit den Beamten.

Weitere Erhöhung der Post- und Eisenbahntarife.

Berlin, 19. August. Ueber die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern der Beamten- und Arbeiterorganisationen, die zu einer Einigung auf der Basis einer 38prozentigen Erhöhung der Gesamtbezüge für August führten, erfahren wir, daß die Regierung im Laufe der Besprechungen außerdem zugesagt hat, in kurzer Zeit Verhandlungen mit den Gewerkschaften über Neuregelung der Aufwandsentschädigung, Reisekosten, Wirtschaftsbeihilfe, Besatzungszulage, Nachtgelder usw. zu eröffnen. In seinem Schlußwort erklärte Ministerialdirektor von Schlieben, daß der Regierung ein Weitergehen in ihrem Angebot im Hinblick auf die außenpolitischen Verhältnisse nicht möglich sei. Die Kassen aller Dienststellen im Reiche sind durch Kreistelegramm angewiesen worden, auf Grund des Abkommens die Auszahlungen für den Monat August vorzubereiten. Zu Beginn der nächsten Woche werden in einem zweiten Kreistelegramm die allgemeinen Weisungen ergehen, nach denen die Aufbesserung für August auszubezahlen ist. Das Abkommen bedeutet für das Reich und die Länder einen Mehraufwand von 110 bis 120 Milliarden Mark.

Berlin, 19. August. Die neue Erhöhung der Beamtengehälter macht es zur unabweislichen Notwendigkeit, daß namentlich Post und Eisenbahn mit ihrem gewaltigen Personalstand ihre Tarife weiter heraufsetzen. Es muß angenommen werden, daß zunächst die für den 1. September bereits beschlossene Erhöhung der Gütertarife eine weitere Steigerung erfährt, und daß auch die übrigen Tarife bei der Eisenbahn wie bei der Post der neuen Markentwertung angepaßt werden. Ein genauer Termin für das Inkrafttreten der neuen Sätze steht noch nicht fest, doch ist nicht daran zu zweifeln, daß der Zeitraum bis dahin möglichst kurz bemessen wird. Eine andere Meldung hierzu besagt, daß am 1. Oktober aufs neue die Gütertarife erhöht würden. Der Postbeirat ist ebenfalls zusammenberufen worden, um eine Erhöhung der Postgebühren, vermutlich ebenfalls vom 1. September ab, zu beschließen.

*

Die am Donnerstagmorgen begonnenen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Vertretern der Beamten und der Arbeiterorganisationen waren in der Nacht zum Freitag um 1215 Uhr ergebnislos abgebrochen worden. Am Freitagvormittag wurden die Verhandlungen wieder fortgesetzt. Zu Beginn erklärte der Regierungsvertreter nochmals, daß nach Ansicht des Kabinetts die im Juli herrschende Teuerung durch die Inflaktion der Beamten ausgeglichen sei. Wenn man also in Anbetracht dieses angenommenen Ausgleiches die Juligehälter der Beamten und Staatsarbeiter mit der Zahl 100 bezeichnen wolle, so wäre die Teuerung nur von Mitte Juli bis Mitte August zu ermitteln. Nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes sind die Preise in diesem angegebenen Zeitraum um etwa 20 v. H. gestiegen. Ein Vergleich mit den Tarifverträgen der Privatindustrie zeige, daß z. B. in der Metallindustrie die Arbeiter nur ein Mehr von 4 bis 5 Mark pro Stunde erhalten haben. Aus diesem Grunde sei die Regierung bereit, ihren Arbeitern eine Aufbesserung von 6 Mark pro Arbeitsstunde zu gewähren und eine entsprechende Gehaltsaufbesserung für die Beamten zu schaffen. Die Organisationen lehnten diesen Vorschlag rundweg ab und zwar mit der Erklärung, daß in den letzten vier Wochen die Teuerung einen viel höheren Grad erreicht habe, als das Statistische Reichsamt errechnet hat. Sie verlangten für die von ihnen vertretenen Beamten und Arbeiter eine monatliche Aufbesserung in Höhe von 4500 Mark. Im Lauf der Verhandlungen erklärten sich die Regierungsvertreter bereit, eine Stundenlohnerhöhung um 7 Mark, später um 9 Mark vorzunehmen, sodaß für einen Beamten in der Besoldungsgruppe III (z. B. Eisenbahnschaffner usw.) eine monatliche Erhöhung von 1875 Mark herausgekommen wäre. Die Gewerkschaften forderten dagegen eine Erhöhung um 16 Mark pro Arbeitsstunde, sodaß also für die genannte Gruppe eine Einkommensaufbesserung von 3300 Mark zu erfolgen hätte. An dieser Forderung scheiterten zunächst die Verhandlungen. Die Regierungsvertreter erklärten, keine Vollmacht zu haben, einer derartigen Erhöhung zuzustimmen, und auf der anderen Seite gaben die Gewerkschaften die Erklärung ab, daß sie diese Sätze als Mindestaufbesserung bezeichnen müßten. Daneben gab es noch eine Reihe von Streitigkeiten, über die man sich jedoch wahrscheinlich schnell einigen dürfte. Die Regierung wollte Gehaltsaufbesserungen in der Form vornehmen, daß die prozentualen Teuerungszuschläge um 100 Prozent erhöht werden, während die Gewerkschaften eine gleichmäßige Heraufsetzung des Kopfzuschlages verlangten. Schließlich kam man dann doch noch zu einer Einigung.

Oesterreichs letzter Hilferuf.

Wien, 19. August. In später Nachtstunde veröffentlicht die österreichische Regierung ein Communiqué über den gestern abgehaltenen Ministerrat, in dem bedeutsame Entschließungen der Regierung angekündigt werden. Im ersten Teil des Communiqués wird die Geschichte der Beschlüsse der Londoner Konferenz, soweit sie Oesterreich betreffen, weiter die Stellungnahme des Verwaltungsrates der Anglo-österreichischen Bank in London zu dem neuen Notenbankprojekt wiedergegeben. Im letzten Teile des Communiqués verweist die österreichische Regierung darauf, daß der Ministerrat die Maßnahmen des Bundeskanzlers zur Beschleunigung der Beratung und Beschlußfassung über die österreichische Kredithilfe durch den Völkerbund gebilligt habe. Die österreichische Regierung sei entschlossen, zu einer Aktiv-Politik in dem Sinne überzugehen, als sie den alliierten Mächten gegenüber keineswegs ein Hehl daraus machen würde, daß sie unter den heutigen Verhältnissen die Regierung in der Republik Oesterreich nur dann weiterzuführen in der Lage sei, wenn Garantien der alliierten Mächte vorliegen, die Oesterreich, das in seiner Selbsthilfeaktion bis zur Selbsterniedrigung gegangen sei, Mittel vom Auslande in die Hände geben, die im Verein mit der Selbsthilfe zu den angestrebten Zielen der Sanierung führen können. Sollten diese Garantien nicht geboten werden, so werde sich keine österreichische Partei finden, die in der Lage sein könnte, unter diesen verzweifelten Verhältnissen die Verantwortung für die Verhältnisse im Innern zu übernehmen.

Von Montag ab beträgt der Brotpreis in Wien 4190 Kronen.

*

London, 19. August. In Londoner diplomatischen Kreisen herrscht große Aufregung über die möglichen politischen Folgen des österreichischen Bankrotts, weil das Wiener Kabinett erklärt hat, daß, wenn nicht sofort finanzielle Hilfe erfolgt, es einfach die Geschäfte der Regierung niederlegen und dem Chaos seinen Lauf lassen werde. In der Schlußsitzung der Londoner Konferenz hatte Schanzer erklärt, Italien wünsche weder eine Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland, noch die Bildung einer Donaukonföderation, an der Oesterreich teilnehmen werde. Im Laufe der letzten Woche wurde es klar, daß Italiens Einmischung in die letzterwähnte Möglichkeit eventuell die Ergreifung von Maßnahmen von großer politischer Tragweite veranlassen könnte.

Ausreise nach Berlin.

Paris, 18. August. Die Reparationskommission veröffentlicht folgende offizielle Mitteilung: „Nach einem langen Meinungsaustausch über die Lage haben sich die Mitglieder der Reparationskommission gestern Donnerstag nachmittags in einer Vollsitzung versammelt und beschlossen, Sir John Bradbury und den Präsidenten des Garantiekomitees Mauclerc zu ersuchen, sich nach Berlin zu begeben, um von der deutschen Regierung gewisse unentbehrliche Aufklärungen zu erhalten." Der „Temps" fügt hinzu, daß Bradbury und Mauclerc in Begleitung des Generalsekretärs Bergerey und des französischen Sachverständigen in Finanzangelegenheiten Felkin am Samstag nach Berlin abreisen werden. Sie werden am nächsten Montag ihre erste Unterredung mit dem Reichskanzler Dr. Wirth haben. Die Kommission werde die Frage der neuen Pfänder für das Moratorium behandeln. Wenn die deutsche Regierung die Forderungen der Kommission annehmen werde, so würde die Reparationskommission sofort nach der Rückkehr der Delegierten einen Beschluß über das Moratorium fassen. Die französische Regierung, so erklärt der Temps weiter, steht auf dem Standpunkt, daß Deutschland ein Moratorium nur unter folgenden Bedingungen gewährt werden kann: 1. Das Moratorium darf das Ende des Jahres 1922 nicht überschreiten. 2. Deutschland muß produktive Pfänder, die Poincaré in London gefordert hat, zur Verfügung stellen und zwar vor allem die staatlichen Gruben und Wälder. Der französische Delegierte Dubois ist in klarster Weise über den Standpunkt seiner Regierung unterrichtet worden.

Montag erste Besprechung.

Paris, 18. August. Die erste Verhandlung der Vertreter der Reparationskommission mit dem Reichskanzler Wirth wird hier bereits auf Montag angesagt. Es verlautet in der Presse nichts darüber, welche Vorschläge die Delegierten in Berlin zu unterbreiten beabsichtigen und ob sie mit einem festen Plan vor den Reichskanzler treten.

Eine Galgenfrist.

Berlin, 18. August. Die britische Regierung hat der deutschen Botschaft in London am 17. August folgende gemeinsame Antwort der Alliierten auf die deutsche Note vom 4. Juli mitgeteilt: Hinsichtlich der Barzahlungen, die von Deutschland auf Grund der Abschnitte 3 und 4 der wirtschaftlichen Bestimmungen geschuldet werden, beabsichtigen die alliierten Regierungen, die Zahlung der 2 Millionen Pfund, die am 15. August geschuldet wurden, binnen 4 Wochen von diesem Tage an zu fordern. Von diesem Tage an beabsichtigen sie das Abkommen vom 10. Juli 1921 zu kündigen und Schritte zu tun, um einzeln mit der deutschen Regierung Abmachungen über die Regelung aller Zahlungen zu treffen, die ihnen auf Grund der wirtschaftlichen Bestimmungen geschuldet werden. Diese Abmachungen sollen der Reparationskommission zur Einverständniserklärung unterbreitet werden.

Massenbestrafungen streikender Bahnbeamter in Italien.

Die italienische Regierung hat 60 Telegraphenbeamte und 111 Eisenbahnbeamte wegen Beteiligung am letzten Generalstreik entlassen und 50 000 Eisenbahnern die Gehaltserhöhung gestrichen. Sie hat damit bekundet, daß sie unter keinen Umständen gewillt ist, ein Beamtenstreikrecht anzuerkennen.

Rheinländer und Preußen.

Wir entnehmen nachstehende Ausführungen der soeben bei Gonsti u. Co., Köln, erschienenen Schrift „An Frankreich" des bekannten Dichters vom Hunsrück, die er seinen Freunden in Frankreich widmet. Hoffentlich findet die Schrift sowohl in französischen wie in deutschen Kreisen, namentlich aber innerhalb der rheinischen Bevölkerung die Verbreitung, die sie verdient. Sie sticht wohltuend ab gegenüber bisher herausgegebenen Streitschriften durch die Objektivität und Wärme ihrer Darstellung. Sie verteilt Licht und Schatten gerecht und weiß den Leser durch ihren anheimelnden Erzählerstil von Anfang bis zu Ende zu fesseln. Die Schrift ist eine Tat und wird im Abwehrkampf gegen die Loslösungsbestrebungen gute Dienste tun.

Wie war das Verhältnis des Rheinländers zur Regierung und zur preußischen Beamtenschaft in jener Zeit unmittelbar vor dem Kriege? Der Bauer, der vor zehn Jahren noch in Wut darüber geraten konnte, daß der Gendarm ihm eine Strafe aufbrummte, wenn die Jauche über die Straße lief oder die Bäume Mistel trugen — derselbe Bauer lebt jetzt in sachlichem Einvernehmen mit dem Gendarm. Er war zu der Erkenntnis gelangt, daß doch alle diese Härten wohltätig, ja notwendig seien. Und was hatten diese Preußen in ihrem Ordnungseifer hier nicht alles zustande gebracht. Ehemals hatte man in Hunsrück, Eifel, Westerwald viel Wesens gemacht von Napoleons Straßenbauten. Das Werk der Preußen übertraf das von Napoleon um das hundertfache. Man freute sich eines praktisch angelegten, weitverzweigten Bahnnetzes, wohlausgebauter Kommunalstraßen und elektrischer Ueberlandzentralen, Wasserleitungen, Forstkulturen, Krankenhäuser, Schulen und eine Menge öffentlicher Bauten waren neu erstanden.

Ehemals hatte man sich über die hohen Kosten all dieser Anlagen erbost; sie waren vielen Rheinländern überflüssig erschienen. Aber nun war das längst alles bis auf den letzten Pfennig bezahlt. Und man war nicht ärmer, man war wohlhabender geworden im Lande. Man aß und trank viel besser als vor zwanzig, dreißig Jahren; man wohnte auch besser, kleidete sich besser, man hatte bequeme festgebaute Fahrstraßen, man konnte sich Maschinen, Düngermittel, und statt der Kühe und Ochsen Pferde kaufen — kurz: das Leben war weit ruhiger, menschenwürdiger und sorgenfreier als zu der Väter Zeiten. Auch in den Städten wurde Preußen kaum mehr als die harte, unduldsame, protestantische Zuchtmeisterin empfunden. Die Klagen über Preußens Regiment waren verstummt; zwar liebte man es noch nicht, wie etwa der Bayer sein Land liebte, aber man duldete es willig als die starke, notwendige, eiserne Bindung der eigenwilligen Stämme und war unter seiner Führung stolz, ein Deutscher zu sein.

Als der Krieg kam und Berlin zu den Waffen rief, zögerte Bauer und Arbeiter keinen Augenblick, mit in den Kampf zu ziehen. Man war gewiß, daß es um eine gerechte Sache ginge. Man fühlte sich nicht als Angreifer, man fühlte sich in der Abwehr.

Vier bange, sorgenvolle Jahre lang dröhnten dann die Kanonen von den westlichen Kampfplätzen den Daheimgebliebenen Tag und Nacht in die Rheinberge hinein. Willig ertrug man all die Lasten der Einquartierung; das Gefühl deutscher Völkereinheit war im Rheinland nie so lebendig wie in diesen Jahren. Ja, selbst die Frage der preußisch-rheinischen Zusammengehörigkeit war gänzlich vergessen. Auch diese Einheit galt als eine ganz selbstverständliche. Sogar unter den heutigen Sonderbündlern finden sich Leute, die noch bis ins letzte Jahr des Krieges hinein Preußens Größe, Preußens Feldherrn und Preußens Kulturarbeit im Rheinland in den kühnsten Worten priesen.

Wir Rheinländer fühlen, daß wir mit den deutschen Brüdern in Süddeutschland, in Oesterreich, in Hessen, Sachsen, Thüringen und in den preußischen Provinzen unabänderlich verwachsen sind. Dies Gefühl ist uns so selbstverständlich, daß uns jede Beweisführung, ja alles Reden über diesen Punkt überflüssig erscheint.

Schon einmal hat — vor hundert Jahren — französische Siegereitelkeit sich hier am Rhein ein Denkmal aus Stein gesetzt, und die Vergeltung des Himmels hat den Besieger des verblendeten Siegers in grausamem Hohn seine Handschrift darunterset zen lassen. In Koblenz, vor der alten Kathedrale von St. Castor, steht ein Brunnen, errichtet von Doraczan, dem letzten französischen Präfekt von Koblenz. Er trägt die Inschrift:

En 1812
Mémorable par la campagne contre les Russes.

(Zu deutsch: Im Jahre 1812. Denkwürdig durch den Feldzug gegen die Russen.)

Darunter schrieb ein russischer General:

Vu et approuvé par moi Commandant Russe de la ville de Coblence le 1. Janvier 1814.

(Zu deutsch: Gesehen und genehmigt durch mich, den russischen Kommandanten der Stadt Koblenz, den 1. Januar 1814.)

Wir möchten in unserm eigensten Interesse wünschen, daß sich eine solche Ironie der Weltgeschichte hier am Rhein nicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220819015/fragment/page=0001

wiederholt. Wir wünschen die Russen nicht an den Rhein, denn schließlich tragen wir, wenn man sich um uns schlägt, die meisten Beulen davon. Aber selbst hier im katholischen Rheinland empfand man bei den Verhandlungen von Genua, daß der als gottlos verschriene Bolschewik im ganzen mehr christliches Denken und Handeln beweist, als der Franzose. Und so steht uns heute der Russe weit näher als der Franzose. Ja, wir sind überzeugt: auch die übrigen kleineren und größeren Völker der Welt, die während des Krieges noch auf Frankreichs schöne Worte von Schutz und Freiheit der Unterdrückten lauschten, werden angesichts der Taten Frankreichs das alles bald als leere Salbadereien empfinden.

Amerika und Europas Wiederaufbau.

Die Hamburger Ueberseewoche.

Hamburg, 19. August. (Letzlution.) In der Universität wurde gestern vormittag 10 Uhr der Internationale Wirtschaftskongreß mit dem Thema: „Die Wiederaufrichtung Europas" durch den Präsidenten der Gesellschaft Geheimrat Dr. Cuno in Anwesenheit des Reichspräsidenten feierlich eröffnet. Geheimrat Cuno hielt die Begrüßungsansprache. Die ganze Welt verlange die Lösung der einen Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Schranken, die die Völker um sich und ihre Wirtschaft zogen, fallen, daß der Sinn geschärft wird für weltwirtschaftliche Notwendigkeiten auf der Grundlage gleichberechtigter Freiheit der Bewegung und Entwicklung. Das sei die Grundidee der Ueberseewoche. Darauf ergriff Geheimrat Professor Dr. R. Mendelssohn-Bartholdy von der Hamburger Universität das Wort zu dem Thema „Sittliche Kräfte der Weltwirtschaft". Der Vortrag klang aus in die Hoffnung, daß der Tag kommen möge, an dem im freien Spiel der Kräfte am stärksten der ist, der die tüchtigste Arbeit für die Wirtschaft des Bodens, der den besten Kaufmannsweg für ihre Erzeugnisse in die Welt, der das eindringlichste Verlangen ihres Glaubens, ihrer Sitte, ihrer Sprache hat, der ihr bester Freund und Freund ihres Rechtes ist.

Als dritter Redner sprach unter begeisterter Aufmerksamkeit Professor John Firmen Coar aus Kingston über das Thema: „Amerika und der Wiederaufbau Europas". Der bekannte Gelehrte führte aus: Man verlange von Amerika, daß es den Retter abgeben solle aus der furchtbaren drohenden Verirrung Europas politisch wie wirtschaftlicher Natur. Alle Opfer, die das amerikanische Volk gebracht hat, habe es um des Friedens willen gebracht. Aber welch ein Friede sei gewonnen? Jeder Amerikaner wisse, daß das Ziel, wonach die Amerikaner strebten, noch in weiterer Ferne liegt, als im April 1917. Ohne

eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich

kämen wir nicht weiter, erst dann lasse sich das größere Problem, der Wiederaufbau Europas, und damit auch der Weltwirtschaft zuversichtlich in Angriff nehmen. Bei der Verständigung zwischen den beiden Völkern seien es hauptsächlich zwei Momente, die vorsichtsvoll den Amerikanern in Betracht kommen: die Furcht der Franzosen vor einem erstarkten, rachesüchtigen Deutschland und die unglaubliche und doch nicht so ganz grundlose Ueberschätzung der Wiedergutmachung und Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Der Redner fuhr dann fort: „Nun möchte ich an diesem Orte meinem Volke, dem französischen Volke und allen Völkern die eine unerschütterliche Wahrheit sagen, eine Wahrheit, die in die Welt hinausgeschmettert werden muß, wenn die Vernunft wieder ein Wort mitzusprechen hat. Allen Ernstes und im vollen Bewußtsein der furchtbaren Worte muß ich Ihnen erklären, daß

das deutsche Volk dem Untergange zueilt.

Schlimm ist es, wenn ein Staat sich im Bankerott befindet. Viel schlimmer aber ist es, wenn ein Volk verarmt. Da können die Staatsfinanzen saniert werden wie sie wollen, es hilft nichts. Das Volk verarmt trotzdem. Ein Volk, das täglich Millionen Arbeitsstunden einfach vergeudet, und sie zu vergeuden gezwungen wird, muß untergehen. Das deutschen Volkes Handelsbilanz ist auf fast unberechenbare Weise passiv geworden, und zwar je mehr es arbeitet, um so mehr verarmt es. Das eben ist die furchtbare Tragik seiner gegenwärtigen Lage. Nur um sein Leben zu fristen, muß dieses Volk die Leistungen von drei Arbeitsstunden umtauschen für die Leistung einer Arbeitsstunde in anderen Ländern. Da hilft keine Stabilisierung der Valuta, keine Anleihe, kein Moratorium, kein zehn-, kein zwölf-, kein vierzehnstündiger Arbeitstag, da hilft nur die

wirtschaftliche, gleichwertige Mitarbeit mit anderen Völkern.

Es gilt, ihr Frankreich und Amerika diese tatsächliche Wirklichkeit bekannt zu machen. Weites Wissen gibt es in Frankreich und Deutschland nur eine Macht, die immer gegenständlich denkt, die Industrie. Es müßte möglich sein, die deutsche, französische und belgische Industrie zur gemeinsamen Beratung an einen Tisch zu bringen mit Vertretern der amerikanischen Industrie. Diese müßten die Bedingungen einer Zusammenarbeit beraten und festlegen, wie die Völker zusammenarbeiten. Ein solcher Vorteil würde Wiederaufbau und Wiederaufstieg Europas herbeiführen. Geht die Wirtschaft voraus, so werden die Völker schon folgen. Hat Europa dann wirklichen Frieden, dann wird unter Umständen Amerika die Schulden streichen können. Dann kann es seine überfließenden Schatzkammern öffnen."

Geheimrat Cuno dankte dem Redner für seinen Vortrag und glaubte versichern zu können, daß Deutschland sich jederzeit bereiterklären würde, sich sofort zu einer finanzwirtschaftlichen und Handelskonferenz aller Länder zu beteiligen. Damit hatte der erste Tag des internationalen Wirtschaftskongresses sein Ende erreicht. Die nächste Sitzung findet Sonnabend vormittag statt. Reichspräsident Ebert, der der ganzen heutigen Sitzung beigewohnt hatte, dankte den Rednern persönlich noch für ihre Ausführungen.

Zum bayerischen Konflikt.

Die bayerischen Unterhändler, die im Auftrage der bayerischen Regierungsparteien neuerdings nach Berlin gekommen sind, sollen lediglich Aufschlüsse über einige Punkte des Berliner Einigungsprogramms fordern. Die Vereinbarungen selbst werden in ihrer Gesamtheit durch diese Aussprache nicht mehr erschüttert. Man hofft beiderseits, daß die verfassungswidrige bayerische Verordnung in einigen Tagen von der bayerischen Regierung aufgehoben wird.

Unberechtigte Klagen der polnischen Bergwerksverwaltungen.

Die Bergwerksverwaltungen der polnisch gewordenen Bergwerke in Oberschlesien führen Klage darüber, daß Deutschland den polnischen Bergwerken keine Kohle mehr abnehme. Diese Klagen sind durchaus unberechtigt, denn Deutschland ist natürlich bereit, jede Kohlenmenge, die es aus Oberschlesien beziehen kann, abzunehmen. Voraussetzung ist aber, daß die polnischen Bergwerke auch in der Lage sind, die gekaufte Kohle nach Deutschland zu schaffen. Das Verkehrswesen in dem polnisch gewordenen Teile Oberschlesiens ist aber in den wenigen Wochen schon völlig heruntergewirtschaftet und die Eisenbahnanlagen sind verkommen. Wir haben erst dieser Tage einen Dringlichkeitsantrag veröffentlicht, der im polnischen Parlament eingebracht worden war, um die Verkehrsnot zu beheben. Deutsche Kohlenfachleute, die soeben aus Oberschlesien zurückkehren, behaupten, daß die Wagen an der deutsch-polnischen Grenze tagelang stehen, bevor sie expediert werden und daß der Wagenmangel noch stärker wird. Das in dem polnisch gewordenen Teile Oberschlesiens vorhandene und gute Eisenbahnnetz ist in seiner Vollkommenheit an der ehemals alten polnisch-russischen Grenze und an der neuen deutsch-polnischen Grenze, bildet somit einen Sack, der an sich leicht zur Verstopfung geneigt ist. Daß diese Verstopfung bei der polnischen Wirtschaft schneller eintreten mußte, als die Polen selbst es erwarteten, war vorauszusehen. Daß aber diese Eisenbahnverwirrung jetzt zu der Veranlassung Klage gibt, daß Deutschland nicht bereit sei, die oberschlesische Kohle abzunehmen, ist durchaus unberechtigt, denn Deutschland ist bereit, zur Behebung seiner Kohlennot jede Kohlenmenge abzunehmen, die ihm zugeführt werden kann.

Deutsches Reich.

Der internationale Telegraphistenwettstreit, der seit elf Jahren wieder einmal und zwar in Berlin veranstaltet wird, ist im Reichstagssitzungssaal vom Reichspostminister feierlich eröffnet worden. Zweihundert Angehörige fremder Verwaltungen, darunter allein 70 italienische Telegraphenbeamte, nehmen daran teil. Nur England und Frankreich haben sich ferngehalten.

Die Besetzung des Staatsgerichtshofs soll jetzt endgültig durch Berufung von 6 Laienrichtern zu den bereits ernannten 3 Berufsrichtern vollendet werden. Bei den Laienrichtern wird dahin gestrebt, Vertreter aller Parteien von der Deutschen Volkspartei bis zur Unabhängigen Sozialdemokratie zu gewinnen. Von Demokraten ist der Landtagsabg. Hartmann, Verbandsvorsitzender der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, berufen worden. Jeder Laienrichter erhält einen Stellvertreter.

Keine Anmeldepflicht für Versammlungen. Der preußische Innenminister hat verfügt, daß aus dem Gesetz zum Schutz der Republik keine Anmeldepflicht für Versammlungen hergeleitet werden kann.

Neues vom Tage

Großfeuer in Berlin.

Aus noch nicht aufgeklärter Ursache brach in der Nacht zum Freitag gegen 12 Uhr in dem Benzin- und Oelgroßlager von C. Kensing in der Heidestraße 21 ein Brand aus, der sofort auf das ganze Lager übergriff und Tausende von Litern Benzin und Oel zur Explosion brachte. Der unmittelbar darauf an der Brandstelle eintreffende Brandinspektor meldete „Großfeuer" an allen Wachen, und in kurzer Zeit waren insgesamt vierzehn Löschzüge der Berliner und der Vorortwehren zur Stelle. Inzwischen war der ganze Lagerplatz der Firma Kensing in ein einziges Flammenmeer geschlüttet. Riesige Feuersäulen stiegen empor und zischend sausten die von der Explosion Hunderte von Metern hochgeschleuderten Deckel der Benzinfässer durch die Luft. Um ¾1 Uhr nachts explodierten unter starken Detonationen kurz hintereinander vier Tankwagen, die erst gestern abend mit insgesamt 8000 Liter Autoöl und Tetralin (Reichstrafstoff) auf dem Lagerplatz eingetroffen waren. Eine riesige Feuergarbe schoß empor und färbte den nächtlichen Himmel weithin blutrot. Die Feuerwehr hatte bei den fortwährenden Explosionen zunächst einen schweren Stand und richtete ihr Hauptaugenmerk darauf, die in unmittelbarer Nähe gelegenen Lagerplätze und die Anlagen des Hamburg-Lehrter Güterbahnhofs zu schützen.

Als ein besonderer Glücksumstand muß es bezeichnet werden, daß Südwind herrschte, der die hausbohen Flammensäulen und den Funkenregen auf die Wasserfläche des Nordhafens trieb. Bei Nord- oder Ostwind wären nicht nur die angrenzenden Lagerplätze, auf denen sich leicht brennbare Materialien befanden, sondern auch die ausgedehnten Anlagen des Hamburg-Lehrter Güterbahnhofes und ein in der Nähe befindlicher sechsstöckiger Kornspeicher stark gefährdet gewesen. Die Flammen hatten auch eine Anzahl von Karbidbehältern ergriffen, und als das Karbid von den durch die Schlauchleitungen in den Brand geschleuderten Wassermengen getroffen wurde, entstanden neue Explosionen durch die sich bildenden Gase. Gegen Morgen war die Gewalt des Feuers gebrochen und der größte Teil der Löschzüge, deren Mannschaften völlig erschöpft waren, konnte abrücken. Fünf Feuerwehrmänner sind von den riesigen Stichflammen mehr oder minder schwer verletzt worden. Die Ursache des Riesenfeuers steht noch nicht fest. Es hatte sich das Gerücht verbreitet, daß es sich um Brandstiftung handele. Einige Eisenbahner wollten gesehen haben, daß kurz vor Mitternacht, einige Minuten vor Ausbruch des Feuers, zwei Männer den Lagerplatz der Firma Benzing eiligst verlassen hätten. Der Schaden ist sehr groß, da neben den Benzin-, Oel- und Fettvorräten auch sämtliche Baulichkeiten, drei massive Schuppen, ein Wiegehäuschen, vier Tankwagen und zahlreiches sonstiges Inventar vernichtet sind.

*

Der Riesenbrand in der Heidestraße läßt sich nach neuesten Meldungen einigermaßen übersehen. Der Schaden dürfte 20 Mill. Mark erreichen; denn die vier Eisenbahntankwagen mit Inhalt, die explodiert sind, stellen allein einen Wert von etwa 6 Mill Mark dar. Die Brandstelle bildet ein fürchterliches Chaos. Die Hitze war so groß, daß Eisenbahnschienen neben der Brandstelle sich um 10 Zentimeter gehoben haben und unbrauchbar geworden sind. Steine verschiedener Gattung und Stärke, darunter granitene von 20 Zentimeter Durchmesser, sind vollständig zerbröckelt. Eine Stichflammenlanze ist vernichtet, ebenso das Büro und Lager der Ingenieurfirma Bruno Hasselbung und deren wertvolle Zyklonöfen.

Ermittlung der Täter eines Fünfmillionendiebstahls. Aus Memel wird gemeldet: Laut „Memeler Dampfboot" sind als Täter bzw. Hehler des am 2. Juli 1921 verübten Fünfmillionendiebstahls der ehemalige Kleinbahnarbeiter Hermann Gaul, seine Ehefrau und Söhne, der Postschaffner Karl Gaul und der Bahnarbeiter Willi Gaul aus Palamohnen bzw. Memel ermittelt und festgenommen worden. Es wurden teils in der Wohnung, teils in der Nähe auf dem Felde vergraben vorgefunden und beschlagnahmt 4 710 000 Mark in Tausendmarkscheinen, neun Bernsteinketten, 14 Schächtmesser und eine Menge Manufakturwaren, die von dem gestohlenen Geld gekauft worden waren.

Der Raubmord bei Jüterbog. Nach Ermittlungen in der Angelegenheit des Jüterboger Raubmordes befand sich der Kutscher Hause mit einem Wagen der Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei auf einer Landtour. Auf der Landstraße zwischen Zehlendorf—Hohen-Ahlsdorf ist er am 16. August gegen ½11 Uhr abends überfallen und ermordet worden. Der Täter schaffte die Leiche in einen Chausseegraben, wo sie am nächsten Morgen von zur Arbeit gehenden Maurern entdeckt wurde. Die Pferde wurden von dem Täter ausgespannt und an einen Baum gebunden, der Wagen aber in ein Loch geführt, wo er von der Chaussee nicht sichtbar war. Es sprechen alle Anzeichen dafür, daß H. durch Erschlagen getötet worden ist. Die Leiche ist in der Kirche von Hohen-Ahlsdorf aufbewahrt. Hause hatte etwa 6000 Mark in barem Gelde bei sich, die geraubt wurden. Für die Ermittlung der Mörder hat der Landrat von Jüterbog 10 000 Mark und die Staatsanwaltschaft Potsdam die gleiche Summe als Belohnung ausgesetzt. Die Leitung der Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei hat diese Belohnung noch um 30 000 Mark erhöht.

Millionenbeute haben Einbrecher in den beiden letzten Nächten in Berlin wieder gemacht. Um schwersten suchte sie die Konfektionswerkstatt von Groß in der Frankfurter Allee 284 heim. Sie stahlen dort für nicht weniger als 3 Mill. Mk. Futterseide, weiße, modefarbene und andere, im ganzen 3000 Meter. Die Kupons tragen an beiden Enden einen blauen Stempel.

Ansteckende Krankheiten in Petersburg. In Petersburg sind Anfang August die ansteckenden Krankheiten in gesteigertem Maße aufgetreten. Vom 30. Juli bis zum 10. August erkrankten, wie depeschiert wird, allein an Flecktyphus 106 Personen, Ruhrerkrankungen wurden 148 Fälle festgestellt.

Familienzwist im serbischen Königshause. Aus Belgrad wird gemeldet: Der Konflikt zwischen dem Prinzen Georg, dem König und der Regierung hat jetzt zum offiziellen Bruch geführt. Der Kronrat hat beschlossen, dem Prinzen alle Privilegien als Mitglied des königlichen Hauses zu entziehen. Auch ist ihm das Betreten der königlichen Besitzungen verboten worden. Ferner wird sich der Prinz wegen Beleidigung des Königs vor einem Familienrat zu verantworten haben.

Schiffsunglück auf der Donau. Aus Mailand wird gemeldet: Nach einer Meldung des „Corriere della Sera" aus Belgrad hat sich auf der Donau ein schweres Schiffsunglück zugetragen. Der Dampfer „Prinzessin Helena" überrannte ein Boot mit 25 Insassen, zumeist Frauen und Kinder, von denen niemand gerettet werden konnte. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Aus der Heimat

Zum Bahnbau Merseburg-Zöschen-Leipzig.

Merseburg, 18. August. Die von Industriellen des Merseburger Kreises und Leipzig seit langem erstrebte Fortführung des begonnenen Bahnbaus Merseburg-Zöschen-Leipzig bildete den Gegenstand von Verhandlungen der Interessenten mit dem Ministerialdirektor des Reichsverkehrsministeriums. Der Ministerialdirektor erklärte, die Fortführung bis Zöschen würde 50 Millionen, bis Leipzig 400 Millionen kosten, das Reich sei nicht imstande, in absehbarer Zeit die Bahn zu bauen, zumal die Kohlenfelder zwischen Merseburg und Leipzig keine nennenswerte Rolle spielen nach dem Gutachten des Oberbergamtes Halle. Die Privatinteressenten, darunter das Leunawerk, könnten eine Privatkohlenbahn bauen. Die Interessenten widersprachen dem, indem sie energisch geltend machten, daß die Kohlenfelder auf preußischem Gebiet zwar nicht hervorragende Bedeutung hätten, wohl aber die überaus wertvollen Kohlenvorkommen von der preußischen Grenze nach Leipzig hin. Auch Zuschüsse für den Fall, daß Privatkapital die Bahn weiterbaue, lehnte der Ministerialdirektor ab. Das Reich werde auch nicht daraus eingehen, die vorhandenen Anlagen der Bahn der Privatwirtschaft zu überlassen.

Die Interessenten wollen die Sache weiter verfolgen und namentlich das Gutachten des Oberbergamts Halle entkräften.

Roßlau. (Großer Materialschaden.) Von dem Zuge Magdeburg-Dessau-Leipzig, der nachmittags 3.20 in Roßlau eintrifft, ist am Mittwoch nachmittag bei der Einfahrt in den Bahnhof Roßlau, vielleicht infolge Weichenbruchs, der letzte Personenwagen aus den Schienen gesprungen und hat einen großen elektrischen Hochspannungsmast umgerissen. Dieser brach zusammen und stürzte auf die hinter dem Personenwagen angehängten Stückgutwagen, die ineinanderrannten, sich übereinanderstürmten und zum größten Teil zertrümmert wurden. Der größte Teil der wertvollen Ladung ist vernichtet. Personen sind bei dem Unfall nicht zu Schaden gekommen. Der Materialschaden ist groß. Die Gleise nach Magdeburg und Wittenberg waren bis in die Nacht hinein gesperrt. Der Verkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Quedlinburg. (Nachträgliche Ehrung.) Der Stadtrat und Stadtälteste Brauns in Quedlinburg, der, weil er am Tage der Rathenaukundgebung das Hissen der Reichsfahne auf dem Rathause unterlassen habe, sollte, im Stadtverordnetenkollegium scharfen Angriffen der Linksparteien ausgesetzt war und deshalb sämtliche Ehrenämter niederlegte, ist jetzt von der Stadtverordnetenversammlung in Quedlinburg durch die Verleihung des Ehrenbürgerrechts geehrt worden. Auch die Linksparteien stimmten zu, da sie sich inzwischen überzeugt hatten, daß Brauns in keiner Weise für das Unterbleiben jener Fahnenhissung verantwortlich ist.

Senftenberg. (Seinen 72jährigen Vater) erschlug hier ein Arbeiter, der mit einigen Arbeitskollegen nach dem Ausland gehen wollte. Er verlangte von seinem Vater Geld, das dieser verweigerte. Nach der Tat flohr der Mörder, er konnte aber bereits in Altsöbern festgenommen werden.

Neuhaldensleben. (Gegen das Kaiserdenkmal, für die Kirchenorgel.) Die Stadtverordneten beschlossen, nicht nur in der üblichen Weise Umbennennung von Straßen, sondern auch den Abbruch des Kaiser Wilhelms-Denkmals. Der Erlös aus dem Metall soll der Kirchengemeinde zur Erneuerung der Kirchenorgel überwiesen werden, wobei die sozialistischen Stadtväter betonten, daß die Pflege der Kirchenmusik, die einen hohen Kunstgenuß biete, auch ihnen am Herzen läge.

Halberstadt. (Der Mann mit der herabhängenden Hand,) wie man in seinen Wirkungskreise Wehrstadt den dortigen Polizeiwachtmeister Walter Salweter nannte, hatte sich jetzt wegen Bestechung vor der Strafkammer in Halberstadt zu verantworten. Salweter beschlagnahmte seinerzeit vier Zentner Schiebermehl, gab aber auf Bitten einen Zentner wieder heraus, als ihm die Besitzerin des Schiebermehls zwei Fünfzigmarkscheine in die herabhängende Hand steckte. Bei der Verhandlung ergab sich durch die Zeugenaussagen, daß Salweter in vielen Fällen die herabhängende Hand gezeigt habe. Er hat oft Gelder sich zustecken lassen und in einem Fall eine Milchziege verlangt gegen das Angebot, beschlagnahmten Weizen wieder herausgeben zu wollen. Gegenwärtig stand nur der eine Fall der Bestechung bei der Beschlagnahme von Mehl zur Verhandlung. Salweter erhielt sieben Monate Gefängnis, ferner wurde ihm auf fünf Jahre die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter aberkannt.

Geschäftsverkehr.

Ersparnis von Postgebühren.

Als sehr wirksam und angesichts der hohen Postgebühren, die künftig voraussichtlich noch höher werden, hat sich in letzter Zeit der „Clo"-Briefdrucker bewährt. Die von ihm hergestellten Werbebriefe, Rundschreiben, Berichte, Flugschriften usw. tragen den Charakter des auf der Schreibmaschine geschriebenen Briefes, der ganz persönlich wirkt und somit auch gelesen wird, was bei Drucksachen nicht immer der Fall ist, diese vielmehr meistens ungeachtet in den Papierkorb wandern. Dabei genießen „Clo"-Briefe den Vorzug, mit Drucksachenpostgeld freigemacht werden zu dürfen, wodurch heute eine Postgebührenersparnis von 83 Prozent erzielt wird. Der „Clo"-Briefdrucker kommt für alle Betriebe von Handel und Gewerbe sowie Behörden in Frage. Mit Leichtigkeit kann man mit dem „Clo" 1200 bis 1400 Abzüge in einer Stunde anfertigen. Der „Clo"-Briefdrucker ist ein ausgezeichneter Vermittler aller Wirtschaftskreise. Die Firma Louis Oterwald, Dresden-A., die seit längerem den „Clo"-Briefdrucker in den Handel bringt, ist auch diesmal auf der Leipziger Messe im Meßhaus „Jägerhof", Hainstraße 17—19, Kojo 7/8, vertreten. Es ist deshalb dem Messebesucher die beste Gelegenheit gegeben, sich daselbst den „Clo"-Briefdrucker vorführen zu lassen und sich von seinen Vorzügen zu überzeugen.

Nutze dein Herdfeuer heißt ein Vorschlag, den die Firma Henkel u. Cie., die Herstellerin des selbsttätigen Waschmittels Persil, der Hausfrau macht. In unserer Zeit der Teuerung ist ein Haushalten mit Kohlen und Feuerungsmaterial dringend erforderlich. Durch Mitbenutzung des Herdfeuers für die Wäsche macht die Hausfrau in der Tat erhebliche Ersparnisse an Zeit und Kohlen. Das selbsttätige Waschmittel Persil reinigt und bleicht die Wäsche bekanntlich in einmaligem kurzen Kochen und verleiht ihr den frischen Duft der Rasenbleiche; es desinfiziert sie zudem zuverlässig schon in handwarmer Lauge (wichtig für Wollstoffe und Buntwäsche). Auch die Wärme des Grudeofens läßt sich in der Zeit zwischen der Bereitung der Mahlzeiten für die Erledigung der Wäsche in obigem Sinne mit bestem Vorteil ausnutzen.

Hallischer Witterungsbericht.

	18. August 9 Uhr abends	19. August 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter	756.3	757.7
Thermometer Celsius	15.6	11.5
Rel. Feuchtigkeit %	62%	64%
Wind	W 1	WSW 1

Maximum der Temperatur am 18. August 21.0 C.
Minimum in der Nacht vom 18. August zum 19. August 8.0 C.
Niederschläge am 18. August 7 Uhr morgens 1.8 mm.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220819015/fragment/page=0002